ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

BERND RIEXINGER
RAUL ZELIK

WAS IST SOZIALISMUS HEUTE?

WARUM WIR DEN KAPITALISMUS ÜBERWINDEN MÜSSEN

BERND RIEXINGER, RAUL ZELIK

WAS IST SOZIALISMUS HEUTE?

WARUM WIR DEN KAPITALISMUS ÜBERWINDEN MÜSSEN

Bernd Riexinger ist Mitglied des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Bundestagsabgeordneter für Die Linke. Zuvor war er viele Jahre Geschäftsführer von ver.di in Stuttgart und ehemaliger Ko-Vorsitzender der Partei Die Linke.

Raul Zelik ist Autor und Übersetzer. Derzeit arbeitet er bei der Tageszeitung nd. Zuletzt ist von ihm «Wir Untoten des Kapitals. Über politische Monster und einen grünen Sozialismus» (2020) bei Suhrkamp erschienen.

IMPRESSUM

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
3. Auflage
V. i. S. d. P.: Henning Heine
Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISBN Print: 978-3-948250-91-1 · Online: 978-3-948250-92-8
Redaktionsschluss: August 2024
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit
der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben
und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

INHALT

Vorwort 5

Einführung 7

Systemwechsel! 8

Warum immer noch Sozialismus? 9

Sozialismus: demokratische Gemeinwirtschaft 11

Was bedeutet Sozialismus konkret und wie kann er entstehen? 15

1 Sozialismus als Freiheitsprojekt 15
2 Materielle Seite der Freiheit: Grundversorgung 17
3 Überwindung sämtlicher Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse 19
4 Grundlegend neues Verhältnis von Gesellschaft und Natur 20
5 Transformation zu einer emissionsfreien, bedarfsorientierten Ökonomie 22
6 Finanzdienste in öffentlicher und gemeinwirtschaftlicher Hand 24
7 Neues Wohlstandsmodell: gutes Leben 25
8 Ökonomie, die das Leben in den Mittelpunkt stellt 26
9 Ökologische und demokratische Planung der Ökonomie 28
10 Gemeinwirtschaft mit verschiedenen Eigentumsformen 30
11 Ein neues Verhältnis zwischen Markt und Plan sowie zwischen unterschiedlichen Eigentumsformen 33
12 Eine globale, universelle und antimilitaristische Bewegung 35
13 Sozialismus – bedingungslos antifaschistisch 37

Literaturverzeichnis 39

VORWORT

Mit diesem Text wollen wir einen Stein ins Wasser werfen, von dem wir hoffen, dass er Wellen schlägt: Wir wollen eine Debatte darüber anstoßen, was heute unter Sozialismus verstanden werden kann. Ausgangspunkt dafür war ein Podium auf der Sommerakademie der Bewegungslinken 2023, bei dem es um inhaltliche Zukunftsvorstellungen der Linken ging. Warum wir als sozialistische Partei nicht zu einer halbwegs populären Erzählung zum Sozialismus in der Lage seien, wurde von mehreren Teilnehmer*innen gefragt.

An dieser Kritik ist etwas dran. Die gesellschaftliche Linke und die gleichnamige Partei sind erprobt darin, gesellschaftliche Missstände zu benennen. Schon deutlich unsicherer sind sie in der Analyse, ob und wie die vielfältigen Krisen der Gegenwart miteinander zusammenhängen und sich verschränken. Und meist sehr leise werden sie, wenn über Alternativen zum Kapitalismus gesprochen werden soll. «Zu weit weg», «gerade völlig unrealistisch», «Wer will das und wer soll für diesen Systemwechsel sorgen?» wird oft eingewandt, um die Systemfrage gedanklich weit in die Zukunft zu verschieben.

Wir sind jedoch davon überzeugt, dass wir näher beschreiben und benennen müssen, wie eine Alternative zum Kapitalismus aussehen könnte. Die Linke braucht einen Sozialismusbegriff, der den Unterschied zu den gescheiterten Versuchen des realen Sozialismus deutlich macht. Dabei geht es nicht um Szenarien des Wünsch-dir-was, sondern um das Aufgreifen und Weiterentwickeln von Ansätzen, für die im Kapitalismus schon heute gekämpft wird. Das sind vor allem Beispiele der Selbstorganisierung, der Solidarität, des Gemeinwohls und der Basisdemokratie, die in der Gesellschaft immer wieder entstehen, nicht selten von den Gesetzen des Marktes und der Kapitalverwertung aber auch schnell wieder zerstört werden.

Gerade in Zeiten der Rechtsverschiebung und Faschisierung ist es politisch verheerend, wenn sich Linke darauf beschränken, die bürgerliche Demokratie (mit ihrer sozialen Ungleichheitsordnung) gegen rechts zu verteidigen. Stattdessen brauchen wir eine realistische Vorstellung einer Alternative, also: Wie lässt sich ein besseres Leben erreichen, welche gesellschaftlichen Voraussetzungen müssen dafür geschaffen werden? Wir brauchen ein Projekt, das der übergroßen Mehrheit der Menschen befriedigendere Arbeits-, Lebens- und Umweltbedingungen

ermöglicht als die verkrüppelten Angebote eines Kapitalismus, dessen Destruktivkräfte zu einer Gefahr für das Überleben eines großen Teils der Menschheit geworden sind.

Dass wir eine überzeugende Antwort auf die Frage geben können, was wir heute unter Sozialismus verstehen, ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die gesellschaftliche Linke stärker werden und auch wieder in die politische Offensive kommen kann. Diese Broschüre verstehen wir als Diskussionsangebot an die vielen nicht nur jungen Menschen, die sich in linken Zusammenhängen, Initiativen, Bewegungen oder in der Partei Die Linke engagieren und sich Gedanken über eine antikapitalistische Alternative machen.

Der Kapitalismus habe es im 21. Jahrhundert geschafft, sich als völlig alternativlos zu präsentieren, resümierte der Kulturkritiker Mark Fisher vor einigen Jahren. Wenn wir die Hegemonie des sich als alternativlos gebärdenden Kapitalismus erschüttern wollen, müssen wir uns um eine positive Erzählung bemühen. Auf den folgenden Seiten versuchen wir zu erklären, warum wir dieses Projekt nach wie vor als Sozialismus bezeichnen.

Bernd Riexinger und Raul Zelik
Stuttgart/Berlin, im Sommer 2024

EINFÜHRUNG

Die Krise ist überall und sie bedroht unser Leben: immer neue Kriege, die sich jederzeit in Weltkriege verwandeln können; Klimawandel, Artensterben und die Störung natürlicher Stoffkreisläufe; wachsende soziale Ungleichheit, Obdachlosigkeit und Armut; die Ausbreitung des Rassismus und der unaufhaltbar erscheinende Aufstieg der extremen Rechten … Und immer offensichtlicher ist, dass diese verheerende Entwicklung mit unserem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem – dem Kapitalismus – untrennbar verknüpft ist.

Der Zusammenhang liegt auf der Hand: Wenn alle Lebensbereiche rücksichtsloser Marktkonkurrenz unterworfen sind, ist es nur logisch, dass Gruppen, Klassen und Staaten ihre ökonomischen Interessen gegebenenfalls auch mit offener Gewalt und Krieg durchsetzen. Wenn das gesamte Wirtschaftssystem auf einem eingebauten Wachstumszwang beruht, ist es nur folgerichtig, dass jede Natur und jeder Lebensbereich unabhängig von den ökologischen Folgen «in Wert gesetzt», sprich: in Waren verwandelt wird. Wenn die Vermehrung privater Vermögen das wichtigste Handlungsprinzip einer Gesellschaft ist, müssen die Widersprüche zwischen den Klassen und die soziale Ungleichheit wachsen, denn die Gewinne steigen, wenn der Lohnanteil fällt. Und schließlich sind auch Rassismus und Faschismus in einer Welt, in der der Markt herrscht, fast unausweichlich. Oder wie es die schwarze Abolitionistin Ruth Wilson Gilmore (2022: 516) ausdrückt: «In der heutigen Welt ist Rassismus das gewöhnliche Mittel, durch das Dehumanisierung eine ideologische Normalität erreicht.» Dort, wo sich Klassengegensätze auftun, sind Rassismus und Faschismus nicht weit, denn die Entmenschlichung und Überausbeutung der Armen müssen irgendwie legitimiert werden, wenn die Herrschaft stabil bleiben soll.

Um den Krisen der Gegenwart Einhalt zu gebieten, bräuchten wir eine über Staats- und ethnische Grenzen hinwegreichende Kooperation. Nur so ließen sich Kriege stoppen, ließe sich der Kollaps ökologischer Systeme verhindern, der globale Ressourcenverbrauch reduzieren und die Verelendung eines wichtigen Teils der Weltbevölkerung aufhalten. Doch der Kapitalismus ist genau dazu nicht in der Lage – solidarische Kooperation ist seine Sache nicht. Er beruht auf Wettbewerb und Gewinnmaximierung, auf der rücksichtslosen Konkurrenz zwischen Individuen und Nationalstaaten, auf der Inwertsetzung der Natur und der Ausbeutung von Menschen. Er befeuert damit genau jene Bürgerkriegsatmosphäre, die uns allen heute so viel Angst macht: «Alle gegen alle – rette sich, wer kann.»

SYSTEMWECHSEL!

Deshalb ist für uns klar: Innerhalb des bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystems werden sich die Krisen weiter verschärfen. Wollen wir die heraufziehenden Katastrophen abwenden, brauchen wir eine Alternative zum Kapitalismus. Und die Aufgabe der Linken ist es, deutlich zu machen, wie ein Systemwechsel aussehen könnte.

Damit meinen wir keine ausgefeilten utopischen Entwürfe. Jede antikapitalistische Alternative, die gesellschaftlich wirkmächtig werden soll, muss konkret sein: Sie muss Anknüpfungspunkte zu den Auseinandersetzungen im Hier und Jetzt bieten. Es nützt nichts, über den Masterplan für eine zukünftige Gesellschaft zu verfügen, wenn es nicht gleichzeitig auch Bewegungen, Kämpfe und Praktiken gibt, die die utopische Zukunft schon heute vorwegnehmen und vorstellbar werden lassen. Oder anders ausgedrückt: In Genossenschaften zeigt sich, wie eine demokratischere Wirtschaft aussehen könnte; in Arbeitskämpfen erlebt man, dass Solidarität eine größere schöpferische Kraft besitzt als die Konkurrenz auf dem Markt; Gleichheit entsteht, wenn schon heute in Bewegungen, Projekten, Organisationen oder öffentlichen Einrichtungen Hierarchien durch demokratische Verfahren ersetzt werden.

In diesem Sinne ist «Systemwechsel» kein Verbalradikalismus: Jede ökologische, soziale, egalitäre, feministische oder antimilitaristische Veränderung hier und jetzt ist sinnvoll und wichtig. Doch der Einwand, dass man lieber kleine Alltagsprobleme lösen sollte, anstatt die große Systemfrage zu stellen, ist selbst utopisch geworden. Schon die bescheidensten Reformen werden heute mit aller Macht abgewehrt, um in der Gesellschaft gar nicht erst ein Klima entstehen zu lassen, in dem die Interessen der Vermögenden thematisiert werden könnten. Eine «Politik der kleinen Schritte» ist heute genauso utopisch wie die eines großen radikalen Bruchs. Jeder Schritt in Richtung Gleichheit, Nachhaltigkeit, Demokratie und internationale Kooperation ist eine Gegenbewegung zur Logik des Kapitals und muss in harten Kämpfen durchgesetzt werden. Deshalb gehören Systemwechsel und konkrete Veränderungen notwendigerweise zusammen.

WARUM IMMER NOCH SOZIALISMUS?

Warum aber bezeichnen wir die solidarische, egalitäre und ökologische Gesellschaft, für die wir kämpfen, immer noch als Sozialismus? Ist dieser Begriff nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts nicht unbrauchbar geworden?

Ja, es stimmt: Der Stalinismus hat jedes kritische Bewusstsein aus den Menschen herauszuprügeln versucht. Alle sozialistischen Staaten haben auf die eine oder andere Weise an das autoritäre Erbe des Stalinismus angeknüpft. Und fast überall ging die Stärkung der sozialistischen Staatsmacht mit der Unterdrückung dissidenter Gruppen und individueller Selbstbestimmungswünsche einher. Für viele Millionen Menschen war die Erfahrung des «realen Sozialismus» eben keine Befreiung. Linke dürfen nicht hinter diese Erkenntnis zurückfallen, dürfen die begangenen Verbrechen nicht verharmlosen.

Doch was bedeutet das für uns heute? Als falsch erwiesen hat sich offenkundig die Vorstellung, dass der Sozialismus von einer revolutionären Partei über Verstaatlichung, Planwirtschaft und Erziehungsmaßnahmen einfach eingeführt werden kann. Diese Vorstellung vom Sozialismus als einer Roadmap zur klassenlosen und freien Gesellschaft ist gescheitert. Die unbegrenzte Macht der führenden Partei hat neue Formen der Unterdrückung und teilweise auch neue soziale Klassen hervorgebracht.

Falsch war offenbar auch die Vorstellung, «der Staat» sei so etwas wie das Antidot zum Kapital. Linke sollten sich eher an den Analysen des griechischen Theoretikers Nicos Poulantzas (2002) orientieren, der den Staat als «materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse» beschrieben hat. Ein Kapitalismus ohne Staat könne nicht existieren, denn sowohl die Konkurrenz zwischen den Marktakteuren als auch die sozialen Konflikte müssten reguliert werden. In diesem Sinne, so Poulantzas weiter, organisiere der Staat die Rahmenbedingungen der Klassenherrschaft (und sorge deshalb keineswegs für das Gemeinwohl), sei zugleich aber auch das Terrain, auf dem gesellschaftliche Konflikte ausgetragen werden. Forderungen von unten können deshalb durchaus in ihn eingeschrieben werden. Sprich: Soziale Kämpfe machen Staaten in der Regel egalitärer und demokratischer, allerdings ohne den Herrschaftscharakter grundsätzlich infrage zu stellen. Auch unter Linksregierungen steht der Staat der klassenlosen und freien Gesellschaft im Weg.

Antonio Gramsci, einer der größten marxistischen Denker des 20. Jahrhunderts, ging deshalb davon aus, dass der Sozialismus auf völlig neuen politischen Institutionen beruhen müsse. Es reiche nicht aus, so Gramsci, das politische Personal im Staat auszutauschen. Doch andererseits komme die sozialistische Bewegung um die Eroberung der Staatsmacht auch nicht herum, denn so wie der Staat heute das Konkurrenzprinzip und die Macht der Vermögenden absichere, müssten neue Institutionen geschaffen werden, die Solidarität, Gleichheit und echte Demokratie fördern – sprich: die Klassengesellschaft überwinden und das Konkurrenzprinzip durch bewusste Kooperation ersetzen.

Diese neuen politischen Institutionen, von denen Gramsci sprach, sind Genossenschaften, Bürgerräten und Selbstverwaltungsorganen sicherlich ähnlicher als die Behörden und Bürokratien, die wir aus kapitalistischen oder sozialistischen Staaten kennen. Der Sozialismus der Zukunft muss auf einer radikal demokratisierten Vorstellung von politischer Macht beruhen.

SOZIALISMUS: DEMOKRATISCHE GEMEINWIRTSCHAFT

Im Zentrum unseres Projekts steht deshalb nicht der Staat, sondern die demokratische Gemeinwirtschaft. Aber warum die Betonung auf «Wirtschaft» und nicht auf «Gesellschaft»? Der Ausgangspunkt sozialistischer Theorie ist die Beobachtung, dass bürgerlich-liberale Gesellschaften erstens längst nicht so frei sind, wie sie selbst von sich meinen, und dass diese Unfreiheit zweitens eng mit den Eigentumsverhältnissen verknüpft ist.

Tatsächlich blendet der politische Liberalismus systematisch aus, dass in der bürgerlichen Gesellschaft nur diejenigen frei sind, die über die entsprechenden finanziellen Mittel, sprich: über Vermögen verfügen. Alle anderen gelten zwar formal als freie und gleichberechtigte Rechtssubjekte, sind aber faktisch weitgehend fremdbestimmt. Einen beträchtlichen Teil ihrer verfügbaren Lebenszeit müssen sie anderen ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen oder bleiben – wie die große Mehrheit der Menschen im globalen Süden, aber auch viele Arme in den reichen Industriestaaten – ganz von einem menschenwürdigen Dasein ausgeschlossen. Auch wenn in liberalen Gesellschaften ständig von Freiheit die Rede ist, leben die meisten in enormer Unfreiheit. Und mehr noch: Die Freiheit der einen hängt mit der Knechtschaft der anderen untrennbar zusammen, denn es ist die Arbeit der Unfreien, die den Reichtum der Vermögenden und damit auch deren Freiheit weiter vermehrt.

Das ist der Ausgangspunkt, warum die sozialistische Bewegung nicht in erster Linie die Willkürherrschaft von Adeligen und Despoten (wie der Liberalismus) oder die Staatsmacht (wie der Anarchismus), sondern die Eigentumsverhältnisse in den Blick nimmt. Das in den Händen Weniger konzentrierte Eigentum – und damit sind selbstverständlich nicht das eigene Wohnhaus oder die Familienbäckerei, sondern die großen Produktions- und Finanzvermögen gemeint – ist die wichtigste Machtressource unserer Gesellschaft. Im Prinzip weiß das jedes Kind: «Geld regiert die Welt.» In der Konsequenz bedeutet das aber auch, dass wir, um demokratischer und freier leben zu können, die Eigentumsverhältnisse verändern müssen. Ohne starkes Gemeineigentum und sozioökonomische Gleichheit müssen individuelle Freiheitsrechte und Demokratie eine Farce bleiben. Das ist der Grund, warum wir am Begriff des Sozialismus festhalten.

Aber haben sich diese Eigentumsverhältnisse, oder genauer: Hat sich die Konkurrenz der Privatunternehmer*innen nicht überall auf der Welt

als Wohlstandsquelle bewährt? In der liberalen Gesellschaftstheorie wird es genau so dargestellt: Die «unsichtbare Hand des Marktes» verwandelt den Eigennutz der Einzeleigentümer*innen in Gemeinwohl. Die Preise zeigen, wie Güter am effizientesten hergestellt und wo Ressourcen am profitabelsten eingesetzt werden können; der Wettbewerb bringt den größtmöglichen gesellschaftlichen Wohlstand hervor. Doch diese Erzählung, die nie der Wahrheit entsprach, weil der Kapitalismus historisch nicht auf freien Märkten, sondern auf kriegerischer Unterwerfung, kolonialer Ausplünderung und Versklavung beruhte, ist auch heute eine Schimäre. Der Weltmarkt stellt seine Destruktivkräfte tagtäglich unter Beweis: bewaffnete Konflikte, Naturzerstörung, gesellschaftliche Spaltung, zerfallende Infrastrukturen, schlechter werdende Gesundheits- und Bildungssysteme etc. Die Vorstellung, dass der Markt hinter unserem Rücken die großen ökologischen und sozialen Probleme der Gegenwart lösen könnte, muss als liberale Variante von Utopismus zurückgewiesen werden. Beziehungsweise als ideologisches Manöver, um die tatsächlichen Machtverhältnisse zu verschleiern – denn hinter der Forderung, den Markt walten zu lassen, verbirgt sich das Interesse der Besitzenden, von der Bevölkerungsmehrheit nicht mit Forderungen behelligt zu werden. Wer «den Markt» walten lässt, lässt die Jeff Bezos', Elon Musks, Porsches, Albrechts, Schwarz' und Ölscheichs regieren.

In diesem Sinne sind wir der Ansicht, dass die größte Bedrohung der Demokratie nicht von einer ideologisch begründeten politischen Bewegung, also den viel beschworenen «Feinden der liberalen Gesellschaft», sondern vom Kapitalismus selbst ausgeht. Oder präziser: Der Faschismus erwächst fast zwangsläufig aus jenem Wirtschaftsliberalismus, der die Demokratie tagtäglich unterminiert. In einem System, in dem Milliardär*innen wie Rupert Murdoch oder die Springer-Familie die öffentliche Meinung mit ihren Medienimperien systematisch beeinflussen können und in dem die Entwertung im Arbeitsprozess gleichzeitig Ideologien der Entmenschlichung produziert, ist die faschistische Eskalation unvermeidbar.

Der von oben befeuerte Rassismus sorgt dafür, dass sich der Frust über die Verhältnisse nicht gegen die Mächtigen richtet, sondern als «ein Bündnis von Mob und Eliten» formiert, wie es die Philosophin Hannah Arendt (1955) einst ausgedrückt hat. Der neue Faschismus der Donald Trumps, Elon Musks und Jair Bolsonaros ist genau das: eine Allianz aus Superreichen und von Abstiegsängsten geplagten Mittel- und Unterschichten gegen jene Gruppen, die zuvor als «minderwertig» markiert worden sind.

Aber auch aus ökologischen Gründen müssen wir die Eigentumsverhältnisse wieder in den Mittelpunkt stellen. Dass trotz zahlloser politischer Absichtserklärungen der Ausstoß von Treibhausgasen ungebremst weitergeht, ist nicht in erster Linie auf das «Versagen der Politik» zurückzuführen, wie es aus den Reihen der Klimabewegung oft heißt. Verantwortlich für die Entwicklung ist das Kapital selbst. Die wichtigste Maxime der «freien Marktwirtschaft» lautet bekanntlich, dass Vermögen wertsteigernd angelegt wird. «Akkumuliert! Akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten!», spottete Marx (1968 [1867]: 605) bereits im 19. Jahrhundert. Das bedeutet einerseits, dass findige Unternehmer*innen immer neue Produkte entwickeln – die häufig so überflüssig sind, dass uns der Wunsch nach ihnen aufwendig mit Werbekampagnen eingepflanzt werden muss. Andererseits führt es aber auch dazu, dass immer neue Bereiche des Lebens «wirtschaftlich erschlossen» werden müssen, um das «Wachstum», sprich: die Kapitalvermehrung, in Gang zu halten. Der Soziologe Klaus Dörre (2009) hat das als «Landnahme» bezeichnet: Ackerland, Regenwälder, Bildungssektor, Gesundheitswesen, Trinkwasser werden «in Wert gesetzt», auch wenn sie dabei zerstört werden müssen. Das schillerndste Beispiel für diesen wahnhaften Expansionsprozess ist die Verwandlung von tropischem Regenwald in Soja- oder Palmölplantagen. Im globalen Süden beschert dieser Prozess einigen Regionen enorme Wachstumsraten, doch übrig bleiben grüne Wüsten. Aus der Vielfalt des tropischen Waldes werden Monokulturen, die ohne Industriedünger und -gifte schon bald völlig veröden. Die monetäre Wertschöpfung geht mit einer ungeheuren Zerstörung realen Reichtums (nämlich Biodiversität) einher.

Hier zeigt sich, dass der Kapitalismus eine eindimensionale Struktur ist: Landwirtschaftlich oder touristisch unerschlossene Natur, kostenfreie öffentliche Infrastrukturen, reduzierte oder kurze Arbeitszeiten und Muße für ein schönes Leben stellen für ihn keine Werte dar. Als Wohlstands*gewinn* kann er nur Waren verbuchen, die auf dem Markt gehandelt werden. Deswegen wird der Kapitalismus keine ökologische Grenze respektieren, bis alle Lebensbereiche warenförmig erschlossen sind.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass diese destruktive Unvernunft nicht durch «Gier», «maßlose Konsumansprüche» und «Wachstumsideologie» oder durch abstrakte ökonomische Gesetze, sondern durch Klassenverhältnisse angetrieben wird. Anders als im Feudalismus gehört man im Kapitalismus nicht aufgrund des adligen Bluts, sondern aufgrund erfolgreicher Vermehrung des Vermögens zur Oberschicht. Auch ökologisch bewusste Unternehmer*innen werden sich um Expan-

sion bemühen müssen, wenn sie nicht längerfristig im Konkurrenzkampf absteigen wollen. Das bedeutet im Umkehrschluss: Wer die ökologische Zerstörung stoppen will, muss der besitzenden Klasse Grenzen setzen, indem bestimmte Geschäftsmodelle untersagt werden. Genau das würde selbstverständlich enorme Widerstände provozieren und eine Eskalation von Klassenkämpfen nach sich ziehen.

«Aber die Umweltzerstörung in den sozialistischen Staaten war doch häufig noch viel schlimmer!», werden jetzt viele einwerfen. Das stimmt: Gemeineigentum allein ist noch keine Garantie für ökologische Nachhaltigkeit. Auch kommunale Stromerzeuger können Braunkohlekraftwerke betreiben, auch sozialistische Staaten ganze Regionen verwüsten, Genossenschaften auf Individualverkehr und Verbrennermotoren setzen. Doch wie die US-amerikanische Philosophin Nancy Fraser es auf einer Vorlesung 2022 in Berlin ausgedrückt hat: «Sozialismus *kann* die Natur zerstören. Kapitalismus *muss* die Natur zerstören.» Das stimmt übrigens auch für soziale Ziele: Auch unter Bedingungen des Kollektiveigentums kann eine Klasse über eine andere herrschen. Das Gemeineigentum ist noch keine Garantie, aber eben doch Voraussetzung für egalitäre, solidarische und ökologische Verhältnisse.

In diesem Sinne verstehen wir den Sozialismus als die politische Bewegung, die sich der Verwertungslogik des Kapitals widersetzt und die Verwandlung aller Lebensbereiche und Räume in Waren stoppt. Oder wie es in Anlehnung an den englischen Begriff für Ware *(commodity)* heißt: Der Sozialismus ist eine «Dekommodifizierungs-Bewegung». Sein Ziel ist das *gute Leben für alle*, seine Erfolge messen sich daran, ob in der Gesellschaft Solidarität, Gleichheit und ökologische Nachhaltigkeit gestärkt werden.

WAS BEDEUTET SOZIALISMUS KONKRET UND WIE KANN ER ENTSTEHEN?
13 ELEMENTE DES SOZIALISMUS

1 SOZIALISMUS ALS FREIHEITSPROJEKT

Gerade weil der Staatssozialismus des 20. Jahrhunderts mit ungeheurer Unterdrückung einherging, muss an erster Stelle stehen: Der Sozialismus ist ein Freiheitsprojekt, das die Selbstbestimmung und Entfaltung der/des Einzelnen zum Ziel hat.

Im «Kommunistischen Manifest» von Karl Marx und Friedrich Engels (1972 [1848]: 482) heißt es: «An die Stelle der alten […] Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.» Zu dieser Forderung muss die Linke zurück: Dem Sozialismus geht es immer auch um *individuelle Rechte*.

Voraussetzung dieser Freiheit des Einzelnen ist die Überwindung struktureller Ausbeutungs- und Ausgrenzungsverhältnisse. In einer Gesellschaft, in der die einen über ökonomische und politische Macht, die anderen nur über ihre Arbeitskraft verfügen, in der die einen Staatsbürger*innen sind, die anderen als Migrant*innen illegalisiert werden, herrscht keine Freiheit. Die Überwindung von ökonomischer Ausbeutung und politischem Ausschluss ist die Voraussetzung allgemeiner Freiheit.

Aber auch politische Grund- und Menschenrechte (wie die Meinungs- und Pressefreiheit, das Demonstrations-, Organisations- und Streikrecht, das aktive und passive Wahlrecht) müssen unveräußerlicher Bestandteil jedes sozialistischen Projekts sein. Unsere Kritik am liberalen Staat ist nicht, dass er eine repräsentative Demokratie etabliert hat, die die Willkürherrschaft Einzelner erschwert, sondern dass diese Demokratie nicht weit genug geht, weil sie auf die politische Sphäre begrenzt bleibt und die ökonomische Sphäre als «privat» ausspart. Die sozialistische Demokratie erfasst auch das Wirtschaftsleben, die Arbeitsbeziehungen sowie die produktiven und reproduktiven Tätigkeiten einer Gesellschaft. Die Selbstverwaltung, die zentraler Bestandteil eines sozialistischen Projekts ist, kann es ohne politische Freiheitsrechte nicht geben.

In diesem Zusammenhang muss betont werden, dass die Meinungs- und Pressefreiheit von den existierenden Medien- und Plattformkonzernen nicht weniger bedroht wird als von staatlichen Zensurbehörden. Die Existenz privater Medienunternehmen ist kein Ausdruck von Meinungsfreiheit; genauso gut ließe sich behaupten, die Veröffentlichung der *Prawda* und zahlreicher anderer Zeitungen in der Sowjetunion sei Ausdruck einer blühenden Medienlandschaft gewesen.

Medienverlage und Plattformunternehmen müssen radikal demokratisiert werden. Die Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zeigt, wie Medien organisiert sein könnten, wenn sie weder Konzerneigentümer*innen noch Staatsbürokratien unterstehen sollen. Das in den späten 1940er-Jahren in Deutschland eingeführte Modell folgte der Maxime, dass Medien plural organisiert und gesellschaftlich kontrolliert sein sollten. Die tiefe Krise der öffentlich-rechtlichen Anstalten heute verweist aber auch auf die Probleme des Modells. In den entscheidenden Fragen von Krieg und Frieden, Klimagerechtigkeit, Eigentum und Besitz sind nicht nur die privaten, sondern auch die öffentlichen Medien von enormer Gleichförmigkeit geprägt. Dazu kommt die Vergeudung von Ressourcen für Führungskräfte und Unterhaltungssparten. Trotz dieser Einwände bleibt jedoch richtig: Statt privater Medienkonzerne benötigen wir radikaldemokratisch verwaltete, bürger- und bewegungsnahe Medien in öffentlicher Hand.

Bei der Erweiterung politischer Rechte könnten die neuen Plattformtechnologien auch eine positive Rolle spielen, wenn sie von ihrer heutigen Aufgabe – kurze Aufmerksamkeit für Werbeinhalte generieren – befreit würden. Sie könnten zur demokratischen Willensbildung beitragen und die Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungs- und Planungsprozessen fördern. Bertolt Brecht schlug bereits 1930 in seiner Radiotheorie vor, einen Rundfunk zu schaffen, der nicht nur senden, sondern auch empfangen und die Hörer bei Bedarf in «Sender» verwandeln sollte.

«Der Rundfunk ist aus einem Distributionsapparat in einen Kommunikationsapparat zu verwandeln», schrieb der Schriftsteller und Dramaturg. «Der Rundfunk wäre der denkbar großartigste Kommunikationsapparat des öffentlichen Lebens, ein ungeheures Kanalsystem, d. h. er würde es, wenn er es verstünde, nicht nur auszusenden, sondern auch zu empfangen, also den Zuhörer nicht nur hören, sondern auch sprechen zu machen und ihn nicht zu isolieren, sondern ihn in Beziehung zu setzen. Der Rundfunk müsste demnach aus dem Lieferantentum herausgehen und den Hörer als Lieferanten organisieren.» (Brecht 1989)

Das Brecht'sche Prinzip könnte als Leitidee für die Organisierung von Presse und Medien dienen. Deren Demokratisierung würde im doppelten Sinn zur künstlerischen und kulturellen Bereicherung der Gesellschaft beitragen und gleichzeitig den Einfluss von Kunst und Kultur vergrößern.

2 MATERIELLE SEITE DER FREIHEIT: GRUNDVERSORGUNG

Nur wer ohne materielle Angst lebt, kann sein Leben frei gestalten. Das heißt: Der Zugang der/des Einzelnen zu einer menschenwürdigen Wohnung, zu guter Ernährung, Gesundheit, Bildung, kultureller und sozialer Teilhabe muss gesellschaftlich gewährleistet werden.

Viele Verfassungen und auch die UN-Charta proklamieren diesen Anspruch auf materielle Absicherung, doch in der Praxis bleibt das Versprechen für einen Großteil der Weltbevölkerung unerfüllt. Ursache hiervon ist vor allem die enorme soziale Ungleichheit: Die fünf reichsten Männer der Welt besitzen ein Privatvermögen von zusammen fast einer Billion US-Dollar, zuletzt kamen jährlich etwa 122 Milliarden US-Dollar dazu. Nach Berechnungen von Oxfam wären jährlich etwa 23 Milliarden US-Dollar nötig, um Hunger und Unterernährung global auszumerzen. Mit dem Privatvermögen weniger Superreicher ließe sich die Grundversorgung der gesamten Weltbevölkerung mit Nahrung, Trinkwasser und Wohnraum also problemlos sicherstellen.

Doch das Problem ist noch gravierender: In den vergangenen Jahrzehnten sind die öffentlichen Bildungs- und Gesundheitssysteme praktisch überall auf der Welt für das Kapital geöffnet und kommodifiziert worden. Die kapitalistische «Landnahme» nimmt hier die Form eines Rollback an: Wichtige Errungenschaften sozialer Kämpfe werden zurückgenommen, um die Kapitalakkumulation zu begünstigen.

Vor diesem Hintergrund bedeutet Sozialismus, die öffentlichen Systeme zur materiellen Grundversorgung zu verteidigen und auszubauen. Nicht nur das Bildungs- und Gesundheitswesen, sondern auch der Wohnungsbau, die Verkehrssysteme, die Energieversorgung und die Kommunikationsnetze gehören in öffentliche Hand. In diesem Sinne sprechen wir auch von «Infrastruktursozialismus». Die Grundversorgung erlaubt materielle und soziale Teilhabe und ist damit Voraussetzung persönlicher Freiheit.

Dieser Infrastruktursozialismus ist aber nicht gleichbedeutend mit Verstaatlichung. Der entscheidende Unterschied zwischen der von uns vorgeschlagenen Vergesellschaftlichung und traditioneller Verstaatlichung besteht in der Demokratisierung der öffentlichen Infrastrukturen. Der von der Mieter*innen-Bewegung mit der Kampagne «Deutsche Wohnen & Co. enteignen» eröffnete Kampf um die Rekommunalisierung des Wohnraums in Berlin ist ein gutes Beispiel dafür, wo und wie sozialistische Politik ansetzen könnte. Beim Berliner Volksbegehren ging es nicht nur darum, Wohnungen zu rekommunalisieren. Die Forderung lautete vielmehr, das Eigentum in öffentliche Hand zu überführen und die Kontrolle über den Wohnraum zu demokratisieren. Von Mieter*innen gewählte Aufsichtsräte sollten das öffentliche Eigentum verwalten. Genau das wäre die Essenz von Sozialismus: demokratische Gemeinwirtschaft.

Der Ko-Vorsitzende der Schweizer Sozialdemokraten, Cédric Wermuth, und der langjährige Gewerkschaftssekretär Beat Ringger vertreten in ihrem Buch «Die Service Public Revolution» (2020) die These, dass der Ausbau öffentlicher Systeme zur materiellen Grundversorgung als Ansatzpunkt für eine sozialistische Vergesellschaftungspolitik verstanden werden sollte. Es gehe nicht nur darum, öffentliche Strukturen wie Krankenhäuser, Wasserversorgung, Bahn, öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) oder Schulen gegen Privatisierungsbestrebungen zu verteidigen, sondern auch, sie als empirischen Beweis dafür zu erachten, wie eine nicht profitorientierte, demokratisch kontrollierte Ökonomie funktionieren könnte. Schon heute ermöglichen die gemeinwirtschaftlich verwalteten Infrastrukturen breiten Teilen der Bevölkerung überhaupt erst ein einigermaßen sicheres Leben, denn auch ein Großteil der Mittelschicht könnte sich ein privates Bildungs- und Gesundheitswesen kaum leisten. Gleichzeitig sind diese Infrastrukturen der öffentlichen Grundversorgung sehr viel besser als der Privatsektor mit dem Konzept regionaler Kreislaufökonomien zu vereinbaren (wie sie aus ökologischen und sozialen Gründen geboten sind). Insofern könnten diese Infrastrukturen als Brückenprojekte begriffen werden: Wenn die Wasserversorgung durch öffentliche, demokratisch verwaltete Unternehmen effizient organisiert wird, kann das selbstverständlich auch bei der Versorgung mit Konsumgütern funktionieren. Die Funktionsweise des «Service Public» wäre in diesem Sinne eine Blaupause für eine demokratische Vergesellschaftung von Industrien und Dienstleistungsunternehmen.

Als Beispiel führen Ringger und Wermuth die niederländische Non-Profit-Organisation Buurtzorg (dt. «Betreuung in der Nachbarschaft») an, die 2006 von dem Pfleger Jos de Blok gegründet wurde, der mit den her-

kömmlichen, hierarchisch organisierten Pflegediensten unzufrieden war. Unter dem Motto «Pflegefachleute brauchen kein Management, sie brauchen einander» entstand innerhalb weniger Jahre ein gemeinwohlorientiertes, selbstverwaltetes Unternehmen mit 14.500 Angestellten, das gemeinsam mit Unterstützungsbedürftigen und Angehörigen Betreuungsprozesse plant und die entsprechenden Dienste anbietet. Solche Betriebe in der Hand der Beschäftigten sind Beispiele dafür, wie demokratische Vergesellschaftung auch aus Arbeitsprozessen heraus vorangetrieben werden kann.

3 ÜBERWINDUNG SÄMTLICHER AUSBEUTUNGS- UND UNTERDRÜCKUNGSVERHÄLTNISSE

Für die sozialistische Bewegung muss es selbstverständlich sein, die Forderungen antirassistischer, feministischer und queerer Bewegungen aufzugreifen und zu verteidigen. Befreiung kann es nur als gemeinsames, plurales und universelles Emanzipationsprojekt aller Unterdrückten geben.

Die Geschichte des Kapitalismus ist als *racial capitalism* untrennbar mit kolonialer Gewalt, Sklaverei und rassistischer Überausbeutung verschränkt. Ohne die gewalttätige Aneignung der unentlohnten Arbeit versklavter Menschen und ohne die rassistische Ausdifferenzierung der unteren Klassen hätte sich die westliche Moderne nicht etabliert. Vergleichbares gilt auch für die Beziehungen zwischen Kapitalismus und Patriarchat. Die Wertschöpfung in der produktiven Arbeit beruht auf der unentlohnten Aneignung von Pflege- und Sorgearbeit, die als «weiblich» deklariert, naturalisiert und im Rahmen vergeschlechtlichter Machtbeziehungen den Frauen aufgebürdet wird.

In diesem Sinne beruht der Kapitalismus stets auf einem doppelten Prinzip der Ausbeutung: der Aneignung des Mehrwerts in «regulären» Lohnarbeitsbeziehungen und der Aneignung unentlohnter oder überausgebeuteter Arbeit. Im Feminismus und im Antirassismus gibt es zwar auch identitätspolitische Strömungen, die eine letzten Endes individuelle Teilhabe von Frauen und Schwarzen am bestehenden System einfordern. Doch daneben gibt es einen feministischen und antirassistischen Materialismus, der den Blick auf eine große Leerstelle der sozialistischen Bewegung lenkt. Wenn Arbeit im Rahmen sexistischer oder kolonialer Beziehungen unentlohnt angeeignet oder im Rahmen rassistischer Verhältnisse überausgebeutet wird, werden Klassenverhältnisse verge-

schlechtlicht und rassifiziert. Diese Art von Überausbeutung, die sich auch in neokolonialen und imperialistischen Beziehungen zwischen Ländern zeigt, betrifft den Kern kapitalistischer Macht.

Für die sozialistische Bewegung ist die Veränderung der Verhältnisse *zwischen den* Geschlechtern und unserer Vorstellungen *von den* Geschlechtern deshalb unverzichtbarer Bestandteil des emanzipatorischen Projekts. Lohn- und unentlohnte Reproduktionsarbeit müssen umverteilt, vergeschlechtlichte Spaltungslinien aufgehoben werden.

Das Gleiche gilt für den Rassismus, der ein Dispositiv zur Rechtfertigung kapitalistischer Entmenschlichung und untrennbar mit der Geschichte der Klassenherrschaft verwoben ist. Zum Kampf gegen den *racial capitalism* gehört für uns auch, dass wir Widerstand gegen staatliche Grenzregime und Migrationsbekämpfung leisten, die wir als Instrumente zur Spaltung der Klasse verstehen.

Materialistische Theorien des intersektionalen Feminismus und Antirassismus zeigen auf, wie unterschiedliche Unterdrückungsverhältnisse verschränkt sind. In diesem Sinne leisten feministische und antirassistische Bewegungen unverzichtbare Beiträge zur Weiterentwicklung eines sozialistischen Emanzipationsprojekts.

4 GRUNDLEGEND NEUES VERHÄLTNIS VON GESELLSCHAFT UND NATUR

Die wichtigste materielle Herausforderung der Gegenwart besteht darin, der gesamten Weltbevölkerung ein gutes Leben zu ermöglichen, das gleichzeitig mit den Reproduktionskreisläufen der Natur in Einklang gebracht werden muss. Eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die die ökologischen Grenzen systematisch überschreitet (wie es bei der bürgerlichen Gesellschaft der Fall ist), muss untergehen. Ein sozialistisches Zukunftsprojekt muss ökologisch sein. In diesem Sinne brauchen wir den Übergang zu einer emissionsfreien Wirtschaft, «zu einem weniger energieintensiven Modus des Wirtschaftens auf der Grundlage erneuerbarer, solarer Energien», wie der Ökonom Elmar Altvater (2012) vor einigen Jahren schrieb.

Im 20. Jahrhundert waren kapitalistische und sozialistische Gesellschaften gleichermaßen blind für die materiellen Grundlagen der Gesellschaft. Die Krise der Gegenwart zeigt, dass wir unseren «Stoffwechsel», also den

Austausch mit der Natur, nicht länger ignorieren können. In dieser Hinsicht waren Engels und Marx weiter als die Linke des 20. Jahrhunderts: Bei Engels lässt sich nachlesen, dass jede Arbeit eine Naturtransformation, also einen Eingriff in die Umwelt darstellt. Marx setzte sich mit den fallenden Erträgen der englischen Landwirtschaft auseinander und begann von einem «Riss im Stoffwechsel» zu sprechen. Damit beschrieb er das Phänomen, dass der natürliche Nährstoffkreislauf durch die Entwicklung des damals noch jungen Kapitalismus unterbrochen worden war. Durch die Vertreibung der Bäuerinnen und Bauern von ihrem Land und die daran anschließende Verstädterung waren Produktion und Konsum von Lebensmitteln räumlich voneinander getrennt worden, und die Exkremente der Menschen kehrten nicht mehr als Dünger in den Boden zurück. Das Fehlen dieser natürlichen Düngung ließ die Erträge in der Landwirtschaft sinken. Auf diese Weise gefährdete ein gesellschaftlicher Prozess – die Privatisierung des bäuerlichen Gemeindelands durch den Adel, die Vertreibung der Landarmen, die Verstädterung und die Industrialisierung – vermittelt über eine ökologische Krise den Fortbestand ebendieser Gesellschaft.

Aus dieser Beobachtung von Marx ergibt sich eine Schlussfolgerung, die heute wieder hochaktuell ist: Jede Produktions- und Lebensweise findet in den Kreisläufen natürlicher Reproduktion ihre stoffliche Grenze. Die ökologischen Kreisläufe stellen die Grundlage sozialer und ökonomischer Strukturen dar. Anders ausgedrückt: Eine Gesellschaft aus Seefahrenden, die mehr Schiffe baut, als Holz nachwachsen kann, wird irgendwann nicht mehr zur See fahren.

Das Problem des Kapitalismus ist, dass er die stofflichen Grenzen heute nicht mehr nur lokal und regional überschreitet, wie es menschliche Zivilisationen auch in der Vergangenheit schon taten, sondern dies in planetarem Maßstab tut. Die ökologische Krise der Gegenwart hat längst nicht nur mit dem Klimawandel zu tun: Aktuellen Studien zufolge sind von neun «planetaren Grenzen» sechs erreicht. Neben der Erderwärmung sind dies das Artensterben, die Landnutzung, die Störung biogeochemischer Kreisläufe, der Süßwasserverbrauch und die Einbringung neuartiger Substanzen in Boden und Atmosphäre.

Das heißt: Der Stoffwechsel der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise zerstört die materiellen Existenzbedingungen von uns allen und gefährdet damit das Überleben von Milliarden Menschen. Bei der ökologischen Frage handelt es sich deshalb nicht um ein Thema «grüner Mittelschichten». Naturkatastrophen und der Kollaps von Ökosystemen gefährden – beispielsweise durch steigende Lebensmittelpreise – das ma-

terielle Überleben der unteren Klassen. Die ökologische Krise führt nicht nur zu einem «Zusammenbruch der Natur», sondern zum Tod von Milliarden besitzloser Menschen. Was als «Klimagerechtigkeit» thematisiert wird, ist in Wirklichkeit eine Klassenfrage.

Das sozialistische Projekt muss deshalb für eine Begrenzung des Stoffwechsels sorgen. In Produktions- und Konsumprozessen darf nicht mehr verbraucht werden, als nachwächst oder recycelt werden kann.

5 TRANSFORMATION ZU EINER EMISSIONSFREIEN, BEDARFSORIENTIERTEN ÖKONOMIE

Die heute vorherrschende Produktionsweise beruht auf dem Prinzip, dass anfallende Kosten systematisch «nach außen» – in den globalen Süden oder in die Zukunft – verlagert werden; sie muss deshalb radikal transformiert werden. Regionale Kreislaufwirtschaften müssen die globalen Wertschöpfungsketten mit ihren energieintensiven Transportwegen ersetzen. Statt einer kurzfristigen Orientierung auf wachsende Konsum- und Industriegütermengen brauchen wir eine Ökonomie, die auf der Nutzung langlebiger und reparaturfreundlicher Güter, auf nachhaltiger Mobilität und ressourcensparenden Wohn- und Lebensverhältnissen beruht. Dieser industrielle Umbau darf nicht über die Köpfe der Beschäftigten hinweg erfolgen, sondern muss gemeinsam mit ihnen organisiert werden.

Unsere Produktions- und Lebensweise beruht auf einer steten Externalisierung sozialer und ökologischer Schäden. Ein Großteil der Konsumgüter ist billig, weil der Markt einen großen Teil der Kosten ignoriert: Die durch den Klimawandel und die Vermüllung verursachten Schäden schlagen erst in der Zukunft richtig zu Buche; der Abbau von Bodenschätzen vergiftet das Trinkwasser in abgelegenen Regionen des globalen Südens, deren Bewohner*innen im internationalen Machtgefüge nichts zu sagen haben.

Aus diesem Grund ist die Transformation von Produktionsprozessen alternativlos. Wir brauchen eine linke Industriepolitik, die Produktionsprozesse emissionsfrei gestaltet, auf dem Prinzip regionaler Kreislaufwirtschaften beruht und ökologisch nachhaltige Mobilitäts- und Transportsysteme schafft. Diese Transformation wird aber nur gelingen, wenn gleichzeitig die soziale Sicherheit und demokratische Teilhabe der Beschäftigten garantiert sind. Eine ökologische Konversion unter neoliberaler, profitorientierter Führung wird scheitern, weil sie nicht nur den

Widerstand der alten fossilen Kapitalfraktionen, sondern auch den der Beschäftigen provoziert.

In Großbritannien eröffneten Beschäftigte der Rüstungsindustrie in den 1970er-Jahren eine Debatte darum, wie sie ihre Industriebetriebe im Sinne einer friedlichen, bedarfsorientierten Güterversorgung umbauen könnten. Eine vergleichbare Konversionsdebatte benötigen wir heute in Anbetracht der ökologischen Herausforderungen: Beim Umbau der Industrien müssen die Anliegen und das Wissen der Beschäftigten eine zentrale Rolle spielen.

Die Konversion der Automobilindustrie in eine nachhaltige Mobilitätsindustrie ist in den westlichen Industriegesellschaften und mittlerweile auch in China eine Kernaufgabe und zugleich ein exemplarisches Projekt der sozial-ökologischen Transformation. Die Fortsetzung der bisherigen Massenproduktion von Autos ist ressourcenfressend, der Abbau von Lithium verursacht hohe Schäden an der Natur und den Menschen, Städte und Ballungszentren ersticken im Autoverkehr. Zwei Drittel aller öffentlichen Flächen in Städten und Kommunen werden vom Auto beansprucht – Flächen, die aufgrund der Klimaerwärmung dringend für die Begrünung und für Wasserflächen benötigt werden.

Der Umbau der Automobilindustrie in eine nachhaltige Mobilitätsindustrie ist nicht nur eine ökonomische Herausforderung; er macht auch einen Kulturbruch notwendig. Auto und Eigenheim repräsentieren die größten Wohlstands- und Freiheitsversprechen des Kapitalismus in den Industrieländern. Marx hat eine derartige Überhöhung von Gütern einmal als Warenfetisch beschrieben, als quasireligiöses dingliches Verhältnis zu Produkten. Doch auch wenn das Auto tief im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert ist, kann der individuelle Massenverkehr weder bei uns noch international im Zentrum einer zukünftigen Mobilität stehen. Was wir stattdessen brauchen, sind Fuß- und Radverkehr, ein gut ausgebauter ÖPNV sowie funktionierende Bahnen für den Personen- und Güterverkehr. Die Konversion der Automobilindustrie hin zu geringerer Autoproduktion und zur Herstellung von Bahnausrüstung, Elektro- und Kleinbussen, Straßenbahnen und digitaler Infrastruktur wäre exemplarisch für den Umbau vor- und nachgelagerter Industriebereiche sowie der Chemie- und Nahrungsmittelindustrie und des Maschinenbaus.

Gleichzeitig muss dieses Transformationsprojekt auf radikale Weise internationalistisch sein. Die Interessen der von negativen Umweltauswirkungen des Bergbaus betroffenen Menschen im globalen Süden müssen genauso berücksichtigt werden wie diejenigen der von Schließungen

ihrer Betriebe bedrohten Beschäftigen hierzulande. Wenn Ressourcen aus ökologischen Gründen knapper und teurer werden, muss ihre Verwendung global geplant und gleichberechtigt organisiert werden. Der imperialistische Prozess extraktiver Ausplünderung von Rohstoffen und Bodenschätzen muss durch eine umfassende Dekolonisierung der Handels- und Tauschbeziehungen aufgehoben werden. Dazu gehört auch ein Techniktransfer, der Gesellschaften des globalen Südens die Teilhabe an der Industrietransformation ermöglicht und sie in die Lage versetzt, den fossilen Kapitalismus «zu überspringen».

6 FINANZDIENSTE IN ÖFFENTLICHER UND GEMEINWIRTSCHAFTLICHER HAND

Das Ziel der sozialistischen Bewegung ist eine Gesellschaft ohne Waren- und Geldbeziehungen, doch diese Art des gesellschaftlichen Zusammenlebens ist voraussetzungsreich. Solange es getrennte Eigentümer*innen gibt, die miteinander handeln, muss es auch Geld geben. Anders als heute darf die Versorgung mit Finanzmitteln kein profitorientiertes Geschäft von monopolistischen Großbanken und Investitionsfonds sein. An die Stelle des spekulativen Finanzsektors muss eine öffentliche Geldversorgung durch demokratisch selbstverwaltete kommunale oder genossenschaftliche Sparkassen treten.

Platzende Spekulations- und Finanzblasen stürzen die Weltbevölkerung regelmäßig in tiefe materielle Not. Banken und Investitionsfonds sind so groß geworden, dass ihre Pleiten wie zuletzt 2008 zu einem Kollaps der Weltwirtschaft führen und von der Allgemeinheit mit Billionenbeträgen gerettet werden müssen. Die Verselbstständigung des Finanzsektors ist die logische Folge der kapitalistischen Warenbeziehungen, aber zugleich auch höchster Ausdruck der ihnen innewohnenden Irrationalität.

Um diese tickende Zeitbombe zu entschärfen, benötigen wir ein vergesellschaftetes, nicht profitorientiertes Finanzwesen. In der jüngeren Vergangenheit haben zwar auch staatliche Landesbanken und Sparkassen bei Finanzcrashs eine unrühmliche Rolle gespielt, doch dies resultierte daraus, dass sich das Management der betroffenen Banken an hochriskanten Spekulationsgeschäften der internationalen Börsen beteiligt hatte. Stattdessen benötigen wir einen gemeinwohlorientierten, demokratisch kontrollierten Finanzsektor. Ringger und Wermuth (2020: 130) skizzieren, wie ein derartiges öffentliches Finanzwesen aufgebaut sein könnte, und

zitieren zunächst aus einem Papier des linken Thinktanks «Denknetz» aus dem Jahr 2010:

«Träger der Finanzdienste sind Institute, für die der Typus eines Service-Public-Finanzdienstleisters (SPF) geschaffen wird. Für die Lizenzierung als SPF können sich sowohl staatliche wie auch genossenschaftliche Anbieter qualifizieren. SPF verzichten auf Eigengeschäfte und Geschäfte mit risikobehafteten Wertpapieren. Die Politik definiert periodisch, welche Papiere dieser Einschränkung unterstellt werden. Die Geschäftstätigkeit eines SPF untersteht der öffentlichen Kontrolle […].»

Nur diese neuen Finanzdienstleister erhalten die Lizenz für den Zahlungsverkehr, erläutern Ringger und Wermuth (2020: 131) und konkretisieren:

«Sämtliche anderen Finanzinstitute müssen den Zahlungsverkehr über einen SPF abwickeln. Der staatlich gesicherte Einlagenschutz für kleinere Vermögen (z. B. bis 200.000 Franken) soll nur noch SPF-Instituten gewährt werden. […] Die SPF vergeben Kredite und können zum Beispiel auch die Rolle als Klimabank übernehmen.»

7 NEUES WOHLSTANDSMODELL: GUTES LEBEN

Der Sozialismus, wie wir ihn verstehen, beruht auf einem neuen Verständnis von «gutem Leben»: einem Wohlstandsbegriff, der nicht von größtmöglichem Konsum, sondern von guter materieller Grundversorgung, umfassenden sozialen Infrastrukturen und einer deutlichen Verkürzung der Lebens- und Wochenarbeitszeit ausgeht und uns allen die Kontrolle über unser Leben zurückgibt.

Kaum ein Konzept wird von den bürgerlichen Parteien so inflationär eingesetzt wie das des Wohlstands. Angeblich zielt ihre Politik stets darauf ab, «den Wohlstand» zu sichern und zu mehren. Doch in Wirklichkeit ist die Gesellschaft, in der wir heute leben, von den Bedürfnissen des Kapitals geprägt: Serienfertigung, Massenprodukte, Konsum schnell verschleißender Güter etc. Als «gutes Leben» wird das definiert, was notwendig ist, damit der Kapitalismus seine Akkumulation am Laufen halten kann: intensiv arbeiten, um intensiv kaufen zu können.

Selbstverständlich war die Entwicklung des vergangenen Jahrhunderts nicht durchgängig schlecht: Technologischer Fortschritt und Massenproduktion haben viele Güter des täglichen Gebrauchs erschwinglich

gemacht und das Leben teilweise erleichtert. Wer wollte beispielsweise leugnen, dass die Verbreitung der Waschmaschine die Lebensqualität (vor allem von Frauen, denen das Wäschewaschen im Rahmen patriarchaler Arbeitsteilung zugewiesen wurde) verbessert hat?

Doch längst wird die Produktions- und Lebensweise der fordistischen Gesellschaft davon eingeholt, dass sie ihre Kosten systematisch nach außen und in die Zukunft verschiebt. Ihre «Externalisierung», wie es Elmar Altvater ausgedrückt hat, bekommen wir nun mit voller Wucht zu spüren. Die in 200 Jahren akkumulierten Treibhausgasemissionen lassen Städte im Meer versinken, die komfortable Automobilität beschert uns – vermittelt über Feinstaub und den Mikroplastikabrieb der Autoreifen – tödliche Herz- und Kreislauferkrankungen.

Deshalb darf sich der Sozialismus nicht wie im 20. Jahrhundert an den Produktions- und Konsummodellen des Kapitalismus orientieren. Wir brauchen vielmehr ein eigenes, alternatives Verständnis von «gutem Leben». Im Mittelpunkt sollte dabei stehen, dass wir mehr Zeit für unser Sozialleben, für Muße und Kreativität erhalten. Die Voraussetzungen dafür existieren längst. So prognostizierte der renommierte sozialliberale Ökonom John M. Keynes vor knapp einem Jahrhundert aufgrund der steigenden Arbeitsproduktivität für das Jahr 2030 eine Arbeitszeit von 15 Stunden – pro Woche! Statt uns für Konsumgüter und Statusobjekte totzuschuften, sollten wir für die Selbstbestimmung über unsere Zeit kämpfen.

Das Ziel muss eine Gesellschaft sein, in der Menschen jenseits von Lohnarbeit und Statuskonsum Anerkennung erfahren und sich entfalten können. In diesem Sinne sind wir auch davon überzeugt, dass die sozialistische Bewegung an ihre Tradition als widerständige Kultur- und Bildungsbewegung anknüpfen muss. Die alte Arbeiterbewegung strebte nach einem eigenen kulturellen Horizont, nach eigenen sozialen Umgangsformen und Zielen. Das ist heute wichtiger denn je: Gegen die verkümmerte Vorstellungswelt des Kapitals müssen wir eigene Begriffe des guten, lustvollen und sozial reichen Lebens entwickeln.

8 ÖKONOMIE, DIE DAS LEBEN IN DEN MITTELPUNKT STELLT

Der Kapitalismus ignoriert natürliche Stoffkreisläufe, blendet die reproduktiven Voraussetzungen der menschlichen Existenz systematisch aus und «kannibalisiert» (Nancy Fraser) sich damit selbst. Ein sozialistisches Projekt muss deshalb den Begriff der Ökonomie neu definieren.

Im 20. Jahrhundert wurde ökonomischer Erfolg – sowohl im Kapitalismus als auch im Sozialismus – an Wachstumsraten gemessen. Weder die ökologischen Folgen noch die Organisation der sozialen Reproduktion wurden ökonomisch erfasst oder als Parameter erfolgreichen Wirtschaftens berücksichtigt.

Eine sozialistische Ökonomie ist nur dann eine Alternative, wenn sie eine ökologische «Nachhaltigkeitsrevolution» (Klaus Dörre) zum Ziel hat und «das Leben in den Mittelpunkt stellt», wie es feministische Bewegungen (vgl. Herreras et al. 2019) formuliert haben. Wenn sie also nicht nur die Produktivität, sondern vor allem auch die Reproduktion des menschlichen und nicht menschlichen Lebens, also die Sorge und Pflege *(care)* im Blick hat.

Zu den wichtigsten Errungenschaften der Russischen Revolution gehörte es, dass Feministinnen wie Alexandra Kollontai in den ersten Jahren nach 1917 den Aufbau öffentlicher Pflege- und Sorgeeinrichtungen durchsetzten. Kinderkrippen und Volksküchen wurden eingerichtet, Haushaltsarbeiten als gesellschaftliche Aufgabe erkannt, Frauen zumindest ansatzweise von der einseitigen Belastung durch Haushalts- und Reproduktionsarbeit befreit.

Inzwischen hat auch der neoliberal modernisierte Kapitalismus den sogenannten Care-Sektor entdeckt. Doch die Pflege- und Sorgeeinrichtungen werden nicht gemeinwohl-, sondern gewinnorientiert geführt. Man verwandelt sie in einen Geschäftsbereich, in dem erneut überwiegend Frauen, meist Migrantinnen, unter miserablen Bedingungen arbeiten. Dabei wird die Versorgung in Krankenhäusern, Kindergärten oder Altenheimen tendenziell schlechter. Auch in dieser Hinsicht ist der Kapitalismus blind für die Grundlagen seiner gesellschaftlichen Existenz.

Die sozialistische Bewegung kämpft dafür, dass Care-Arbeit umverteilt und gemeinwohlorientiert organisiert wird. Einrichtungen zur Versorgung von Kindern, Kranken, Pflegebedürftigen und Alten gehören in öffentliche

oder gemeinwirtschaftliche Hand. Die dort Beschäftigten müssen unter guten Bedingungen und gut bezahlt arbeiten können.

Gleichzeitig geht es aber auch darum, reproduktive Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern umzuverteilen. Die sozialistische Feministin Frigga Haug (2008) hat in diesem Sinne schon vor einigen Jahrzehnten von einer «Vier-in-einem-Perspektive» gesprochen. Beruf, zwischenmenschliche Sorgearbeit, das Engagement im politischen Gemeinwesen und die Selbstentfaltung sollten als gleichberechtigte Tätigkeitsfelder verstanden werden, alle Menschen in allen diesen Bereichen gleichermaßen Verantwortung übernehmen und sich verwirklichen können. Voraussetzungen dafür sind der Aufbau einer öffentlichen Care-Infrastruktur, die Umverteilung von Reichtum und Arbeit sowie eine feministische Transformation unseres Alltagsverhaltens.

Wir sind der Ansicht, dass eine «Ökonomie, die das Leben in den Mittelpunkt stellt», von einem Ziel-Fünfeck ausgehen muss: 1) die ausreichende Versorgung aller Menschen – und zwar global, das heißt über den nationalstaatlichen Rahmen hinweg – mit Gütern des täglichen Bedarfs; 2) die Bereitstellung öffentlicher Infrastrukturen, die eine umfassende soziale Absicherung und gesellschaftliche Teilhabe garantieren; auch diese Strukturen dürfen nicht nationalstaatlich gedacht werden, sondern müssen vorhandene internationale Gesundheits- und Bildungseinrichtungen zu leistungsfähigen globalen Infrastrukturen ausbauen; 3) die Nachhaltigkeit der Produktions- und Lebensweise, also die Anpassung ökonomischer und gesellschaftlicher Prozesse an die Reproduktionskreisläufe von Umwelt und «Erdsystem» (also der Summe physikalischer, chemischer, biologischer und sozialer Prozesse und Wechselwirkungen auf dem Planeten); 4) eine Umverteilung von Arbeit und Reichtum, die die Unterordnung des Reproduktions- unter den Produktionsbereich aufhebt und allen Menschen die Möglichkeit zur Selbstentfaltung eröffnet; dazu gehören der Anspruch auf sinnvolle und befriedigende Arbeit für alle, das Recht auf Müßiggang und die gemeinsame Übernahme von Sorge- und Pflegetätigkeiten von allen; 5) die Förderung solidarischer Praktiken und kooperativer Beziehungen zulasten von Konkurrenzlogiken – und zwar nicht nur innerhalb bestehender Gemeinschaften, sondern über ethnische, nationalstaatliche und religiöse Grenzen hinweg.

9 ÖKOLOGISCHE UND DEMOKRATISCHE PLANUNG DER ÖKONOMIE

Wir brauchen einen Umbau von Ökonomie und Gesellschaft mit dem Ziel, die menschlichen Grundbedürfnisse zu befriedigen und ökologische Grenzen nicht länger systematisch zu ignorieren. Ein Transformationsprozess dieser Reichweite muss geplant vonstattengehen. Anders als im Staatssozialismus darf diese Planung aber nicht autoritär und bürokratisch verlaufen, sondern muss auf radikale Weise demokratisch organisiert werden. Sozialistische Planung bedeutet in diesem Sinne, dass sich die Gesellschaft über wirtschaftliche und gesellschaftliche Zielvorstellungen gemeinsam verständigt.

Im Kapitalismus folgen die gesellschaftlichen Prozesse nur einem einzigen Prinzip: den Profitinteressen der Marktakteure. Die Konkurrenz zwischen Einzelunternehmen sorgt für große Dynamik und hat in der Vergangenheit eine rasante Entwicklung des Konsum- und Investitionsgütersektors begünstigt. Doch seit einigen Jahrzehnten wirkt diese Dynamik zunehmend destruktiv. Der Wachstumszwang zerstört die materiellen Grundlagen unserer Existenz, die wirtschaftliche Dynamik verlagert sich – Stichwort: Finanzialisierung – immer stärker in spekulative Bereiche, in denen keine Gebrauchswerte geschaffen werden, sondern vorhandener Reichtum umverteilt wird.

Vor diesem Hintergrund ist ein geplanter Umbau der Ökonomie unverzichtbar. Planung darf dabei aber nicht als Erweiterung der Staatsmacht verstanden werden. Es geht vielmehr um einen deliberativen Prozess (Beratschlagung, Teilhabe, öffentliche Diskurse), in dem sich die Gesellschaft gemeinsam über ihre Ziele verständigt und sie koordiniert verfolgt. Wie unter Punkt 8 formuliert, lässt sich allgemein durchaus skizzieren, wie Zielvorstellungen einer postkapitalistischen Gesellschaft aussehen müssten. Die Versorgung *aller* Menschen mit Grundgütern und sozialen Infrastrukturen, die Beschränkung von Emissionen und des Ressourcenverbrauchs auf ein nachhaltiges Niveau, die Umverteilung von Arbeit und Reichtum sowie die Stärkung solidarischer Beziehungen wären zentrale Aspekte einer neuen, nicht profitorientierten Ökonomie.

Die Umsetzung solcher Oberziele birgt allerdings großes Konfliktpotenzial. Welche Konsumbedürfnisse sind notwendig, welche überflüssig? Welche Branchen sollten schrumpfen, was geschieht mit den dort Beschäftigten und welche Wirtschaftssektoren müssten zügig wachsen? Und wie mit den neuen ökologischen Problemen umgehen, die sich daraus ergeben?

Was meinen wir konkret, wenn wir von «Solidarität» und «Kooperation» sprechen?

Das sind nur einige von vielen Fragen, die sich in einem Planungsprozess stellen würden. Für diese Art von Auseinandersetzungen braucht es starke deliberative Verfahren. Den konfliktträchtigen Prozess der Verständigung (der mit den zentralistischen Verfahren im «real existierenden Sozialismus» wenig zu tun hat) bezeichnen wir als *demokratische Planung.* In diesem Zusammenhang muss daran erinnert werden, dass Planung als solche noch kein Instrument zur Überwindung von Kapitalismus oder Klassenherrschaft ist. Auch in der «freien Marktwirtschaft» wird unablässig geplant: Regierungen und Organisationen wie die Internationale Energieagentur oder der Internationale Währungsfonds kümmern sich um Rohstoffnachschub, Energieversorgung oder die Zahlungsfähigkeit von Schuldnerstaaten. Und große Konzerne wie Amazon oder Ikea haben dank der technologischen Entwicklung ein Niveau von Planung erreicht, von dem sozialistische Staaten im 20. Jahrhundert nur träumen konnten. Die Frage ist also nicht, ob, sondern wie und zu welchem Zweck geplant wird: autoritär oder demokratisch, im Sinne von Aktieninhaber*innen oder der Bevölkerungsmehrheit?

Doch auch wenn wir sagen können, worin sich demokratische Planung von kapitalistischer Planung grundlegend unterscheidet, können zentrale Probleme einer demokratischen Planwirtschaft aus heutiger Sicht nicht beantwortet werden. Die Beschäftigten einer Industrieanlage und die unmittelbaren Anwohner*innen beispielsweise werden auch unter Bedingungen des Gemeineigentums unterschiedliche Interessen verfolgen, die gegeneinander abgewogen werden müssen. Eine geplante sozialistische Wirtschaft ist deshalb mit Sicherheit – anders als viele Linke im 20. Jahrhundert meinten – kein harmonischer Prozess. Es muss vielmehr darum gehen, demokratische Instrumente zu entwickeln, mit denen es zu einer Verständigung zwischen widerstreitenden Interessen kommen kann.

Die Wirtschaftsdemokratie in Betrieben, aber auch die Einrichtung von «Transformationsräten», wie sie der Jenaer Soziologe Klaus Dörre in Anbetracht der sozial-ökologischen Krise ins Gespräch gebracht hat, könnten Ansätze hierfür liefern. Planung wird von uns als demokratischer Prozess verstanden, bei dem sich Gruppen und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft (Gewerkschaften, Umweltverbände, Anwohner*innen, Konsument*innen etc.) über die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft auf verschiedenen Ebenen (kommunal, regional, national) verständigen.

10 GEMEINWIRTSCHAFT MIT VERSCHIEDENEN EIGENTUMSFORMEN

Sozialismus ist eine demokratische Gemeinwirtschaft, in der die Gesellschaft über ökonomische und soziale Ziele gemeinsam entscheidet. Doch wenn nicht alles in die Hände eines allmächtigen Staates fallen soll, werden unterschiedliche – kollektive, aber auch individuelle – Eigentums- und Nutzungsformen koexistieren. Wie diese unterschiedlichen Eigentumsformen miteinander in Austausch treten und welche Rolle Marktbeziehungen dabei spielen, kann nur im gesellschaftlichen Prozess entschieden werden.

Nach der Revolution von 1918 erörterte der linke Theoretiker Karl Korsch die damals sehr konkrete Frage, wie neben der Politik auch die Wirtschaft demokratisiert werden könnte. So, wie die politische Regierungsmacht der Vorherrschaft des Adels entzogen wurde, wollte man die Unternehmen von der Alleinherrschaft der Eigentümer*innen befreien. Korsch (1919) schrieb: «Das Ziel der Sozialisierung im Geiste des Sozialismus ist aber weder Konsumentenkapitalismus noch Produzentenkapitalismus, sondern wahres Gemeineigentum für die Gesamtheit der Produzenten und Konsumenten.»

Was war damit gemeint? Korsch widersprach in seinem Aufsatz zunächst der damals in der SPD populären Annahme, eine Gesellschaft könne allein durch Sozial- und Arbeitsgesetze die Kontrolle über die Wirtschaft erlangen. Ein solcher Eingriff «in die Befugnisse der Privateigentümer» sei, so Korsch, erst einmal nur Sozialpolitik. Doch auch die beiden anderen damals diskutierten Ansätze hielt Korsch für ungenügend. So führe die Übertragung der Betriebe an kommunale bzw. staatliche Eigentümer zu einer Art «Konsumentenkapitalismus». Aus Sicht des Arbeiters werde der alte Eigentümer dann einfach durch eine Staatsbürokratie ersetzt, die (im besten Fall) im Interesse der – konsumierenden – Gesamtbevölkerung handele. Das jedoch, so Korsch, sei keine Vergesellschaftung, sondern ein Eigentümerwechsel. Tatsächlich erwies sich dieser «Eigentümerwechsel» in den sozialistischen Staaten schon bald als Problem: Die Produktionsanlagen gehörten dem Staat und die Arbeit in der sozialistischen Fabrik wurde von den Beschäftigten als ähnlich fremdbestimmt wahrgenommen wie diejenige in einem kapitalistischen Betrieb.

Doch auch eine Überführung der Betriebe in Arbeiterselbstverwaltung war für Korsch keine Lösung. Hierbei handele es sich um «Produzentenkapitalismus», bei dem die selbstverwalteten Betriebe vor allem eigene Interessen, nicht aber diejenigen der Gesamtgesellschaft im Auge hätten.

Korsch sah also schon 1919 voraus, dass 1) Verstaatlichung nicht mit Vergesellschaftung identisch ist und die Fremdbestimmung (der Arbeitenden durch die Unternehmensleitung) fortsetzt und dass 2) selbstverwaltete Betriebe und Genossenschaften ihre jeweils eigenen Interessen verfolgen und somit die Warenbeziehungen zwischen Unternehmen fortführen. Weder Staatseigentum noch Arbeiterselbstverwaltung seien gleichzusetzen mit Sozialismus.

Korschs Schlussfolgerung daraus lautete, dass Vergesellschaftung ein Demokratisierungsprozess sei und die Wirtschaft auf ähnliche Weise verändert werden müsse, wie es 1918 im Bereich der Politik geschehen war. So, wie in Territorien Repräsentant*innen gewählt werden, um politische Entscheidungen zu treffen, könnten alle Beschäftigten einer Branche einen Wirtschaftsrat wählen, der die Produktion dieser Branche leiten und koordinieren solle. An die Stelle des Privateigentümers würde öffentliches oder genossenschaftliches Eigentum treten, an die Stelle des Managements eine von den Beschäftigten gewählte Unternehmensleitung, und an die Stelle des Marktes ein ebenfalls gewählter Wirtschaftsrat, der den Austausch zwischen den Betrieben koordinieren sollte.

Korsch skizzierte eine Form von Vergesellschaftung, bei der eine Staatsbürokratie nicht die Alleinherrschaft hätte übernehmen können. Verschiedene Formen des Gemeineigentums, die Selbstverwaltung von Betrieben und eine demokratisch gewählte Leitung der Wirtschaftsbereiche sollten einen Prozess in Gang setzen, durch den die Gesellschaft die Kontrolle über das Arbeits- und Wirtschaftsleben erlangen könnte.

Korsch interessierte sich dabei weniger für fertige Modelle als für reale gesellschaftliche Prozesse. So war er der Ansicht, dass alle drei Wege – a) die Überführung von Produktionszweigen in staatliche oder kommunale Hand, b) der freiwillige Zusammenschluss von Menschen in Genossenschaften und c) die Erweiterung der Teilhabe von Beschäftigten in Privatbetrieben durch (die damals noch neuen) Tarifverträge und Mitbestimmungsrechte – gleichzeitig beschritten werden sollten. Für Korsch war die sozialistische Vergesellschaftung also ein demokratischer Prozess, bei dem sich öffentliches Eigentum, Selbstverwaltung und Teilhabe von Beschäftigten in bestehenden Privatbetrieben parallel entwickelten.

Auch wenn unsere heutige Situation mit der Realität von 1918/19 wenig zu tun hat, bleibt Korschs Grundgedanke doch hochaktuell: *Vergesellschaftung ist Stärkung des Gemeineigentums plus Demokratisierung des Wirtschaftslebens.* Das Gemeineigentum kann dabei ganz unterschied-

liche Formen annehmen. Kommunale Betriebe, öffentlich-rechtliche Anstalten und Genossenschaften, staatliche Unternehmen, aber auch selbstorganisierte Allmende-Systeme, wie es sie traditionell in bäuerlichen Gemeinschaften, heute aber auch in digitalen Peer-to-Peer-Communitys (der sogenannten Freie-Software-Bewegung) gibt, können je nach Kontext die geeignetste Form kollektiven Eigentums sein.

In diesem Sinne verbindet der Sozialismus die demokratische Selbstverwaltung am Arbeitsplatz mit der gesellschaftlichen Steuerung der Ökonomie und dem Wunsch nach individueller Entfaltung und muss dafür einen Ausgleich zwischen bisweilen konträren Interessen herstellen.

Auch in dieser Hinsicht kann der Sozialismus also keine harmonische Gesellschaftsordnung sein, wie Linke im 20. Jahrhundert vermuteten. Im Gegenteil: Eine Gesellschaft, die sich über Ziele und Inhalte von Arbeit, Produktion, Konsum und Reproduktion gemeinsam verständigt, wird unablässig Konflikte bearbeiten müssen. Wie auf dem politischen Feld braucht es dafür eine lebendige Demokratie, in der Widerspruch und Kritik als wertvoll erachtet werden.

11 EIN NEUES VERHÄLTNIS ZWISCHEN MARKT UND PLAN SOWIE ZWISCHEN UNTERSCHIEDLICHEN EIGENTUMSFORMEN

Solidarität und gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein können nicht verordnet, aber sie können gefördert werden. Die Überwindung von Warenbeziehungen und Konkurrenz, wie sie für eine echte Vergesellschaftung kennzeichnend wäre, ist eher ein gesellschaftlicher Lernprozess als eine politische Maßnahme. Sozialistische Politik kann die Rahmenbedingungen herstellen, unter denen eine demokratische Vergesellschaftung gedeiht. Aber sie kann diese Vergesellschaftung nicht einfach «einführen».

Wenn es verschiedene demokratische Eigentumsformen (und nicht nur das Staatseigentum) gibt, stellt sich die Frage, wie Betriebe, Fertigungsstätten, Dienstleister etc. in Austausch miteinander treten. Wir sind an die These gewöhnt, dass dies nur markt- und konkurrenzförmig erfolgen kann. Doch das stimmt selbst im Kapitalismus nicht: Verschiedene Abteilungen desselben Unternehmens unterhalten auch im Kapitalismus in der Regel keine Marktbeziehungen zueinander. Ein Produktionsstandort A liefert Produktionsstandort B eine bestimmte Menge Waren, weil das von der Ge-

schäftsleitung so angeordnet worden ist. Solange beide Standorte demselben Eigentümer gehören, ist das überhaupt kein Problem. Innerhalb eines Konzerns erscheint der «Gemeinsinn» auch im Kapitalismus als selbstverständlich (auch wenn er durch die inzwischen verbreiteten und auch im innerbetrieblichen Umfang üblichen «Profitcenter» durchlöchert wird).

Warum ist das so? Warum halten wir die Kooperation innerhalb der Siemens- oder der VW-«Familie» für vernünftig, können uns eine vergleichbare Zusammenarbeit zwischen einem kommunalen Betrieb, einer Genossenschaft und einer Familienbäckerei in einer Gemeinde aber nicht vorstellen?

Der bereits erwähnte Karl Korsch stellte dazu eine These auf: Die Einführung von verschiedenen Gemeineigentumsformen sei nur der erste Schritt. Der zweite Schritt – hin zu einer Gesellschaft, in der «jeder nach seinen Möglichkeiten» beiträgt und «jeder nach seinen Bedürfnissen» erhält – sei davon abhängig, dass ein starker gesellschaftlicher Gemeinsinn entstehe, denn in freundschaftlich-solidarischen Beziehungen erwarte man keine unmittelbaren Gegenleistungen.

Ein derartiger Gemeinsinn jedoch lässt sich nicht verordnen. Er ist keine wirtschaftspolitische Maßnahme, so Korsch, sondern muss in einem kulturellen Prozess wachsen. Solange das nicht so sei, werde – so Korsch weiter – das individualistische Prinzip weiterbestehen. Unter den Bedingungen des Gemeineigentums könne es seine positive Wirkung aber viel besser entfalten als im Kapitalismus, denn dort bleibe die unternehmerische Freiheit ein Privileg der Kapitalist*innen.

Eine ähnliche Überlegung entwickelt die aus den USA stammende feministische Sozialistin Nancy Fraser (2023: 247):

«[…] keine Märkte oben, keine Märkte unten, aber möglicherweise einige Märkte dazwischen. […] Als wahrhaft kollektives Eigentum muss der Überschuss über kollektive Entscheidungs- und Planungsprozesse verteilt werden – eine Planung, die demokratisch organisiert werden kann und muss. Marktmechanismen sollten auf dieser Ebene keine Rolle spielen. Die Regel lautet: weder Märkte noch Privateigentum ‹at the top›.»

Und auch «unten», auf der Ebene der Befriedigung von Grundbedürfnissen wie Wohnen, Kleidung, Nahrung, Bildung, Gesundheit, Mobilität, Energie, Kultur etc., solle es keine Märkte geben, weil eine sozialistische Gesellschaft die Güter zur Befriedigung von Grundbedürfnissen als öffentliche behandele.

Doch dazwischen, so Fraser, könne es durchaus Märkte geben:

«Sozialisten sollten sich das Dazwischen als einen Raum vorstellen, in dem mit einer Mischung aus verschiedenen Möglichkeiten experimentiert werden kann: ein Raum, in dem Märkte einen Platz finden könnten, ebenso wie Genossenschaften, Commons, selbstorganisierte Assoziationen und selbstverwaltete Projekte.» (Ebd.: 248)

In diesem Sinne muss gelten: Die Frage, wie viel Markt und Eigennutz weiterbestehen und von einer Gesellschaft vielleicht auch längerfristig als sinnvoll erachtet werden, muss von denjenigen beantwortet werden, die sie eines Tages betrifft. Sozialismus ist kein Modell, das sich der Gesellschaft überstülpen lässt. Doch man sollte erwähnen, dass das Streben nach individuellem Vorteil auch im Kapitalismus keineswegs die entscheidende Motivationsquelle für viele ist und deshalb nicht warenförmige Tauschbeziehungen schon heute ständig praktiziert werden: Die Online-Enzyklopädie Wikipedia, Freie Software wie Linux, Gemeinschaftsgärten und viele andere gemeinwohlorientierte Projekte werden von Freiwilligen aufgebaut, gepflegt und betreut. Die Menschen, die hier arbeiten, tun dies aus Interesse und nicht aufgrund eines monetären Anreizes. Und ein Großteil der Arbeit, nämlich die meisten reproduktiven Sorgetätigkeiten im engeren sozialen Umfeld, wird sowieso außerhalb des Marktes geleistet. Die Frage ist also nicht, ob eine Ökonomie jenseits der Marktkonkurrenz vorstellbar ist, sondern wie viel Raum eine Gesellschaft den Märkten einräumen will.

12 EINE GLOBALE, UNIVERSELLE UND ANTIMILITARISTISCHE BEWEGUNG

Der Sozialismus ist ein Projekt universeller Befreiung; er strebt die Aufhebung nationalstaatlicher und ethnischer Grenzen an, wie es auch abolitionistische und feministische Bewegungen propagieren. Gleichheit und Solidarität kann es nur gemeinsam und für alle Menschen geben. Unser Ziel ist deshalb nicht einfach die Überwindung der Klassengesellschaft innerhalb staatlicher Grenzen, sondern auch die Aufhebung imperialistischer und neokolonialer Ungleichheits- und Ausbeutungsverhältnisse zwischen Nord und Süd.

Ebenso wichtig ist uns die Erkenntnis, dass Sozialist*innen im Krieg der Nationalstaaten nichts zu gewinnen haben. Für uns gilt der Ausruf des demokratisch-sozialistischen Abgeordneten Wilhelm Liebknecht aus dem Jahre 1887: «Mit dem Militarismus, welcher

ein notwendiger Auswuchs des herrschenden Staats- und Gesellschaftssystems ist, gibt es für die Sozialdemokratie ebenso wenig eine Aussöhnung wie mit diesem System selbst […] Dem Militarismus keinen Mann und keinen Groschen!»

Der Kapitalismus beruht historisch auf der blutigen Kolonisierung des Südens und massenhafter Versklavung. Er hat diese Ausbeutung auch nach dem Ende der alten Kolonialregime systematisch fortgesetzt und nicht nur ein ökonomisches Weltsystem, sondern auch globale Klassenverhältnisse produziert. Mit der Praxis fortgesetzter Enteignung und Inwertsetzung werden die Menschen erst der Möglichkeit beraubt, von ihrer Subsistenzarbeit zu leben, und dann dazu gezwungen, an einem System teilzuhaben, das für sie keinen Platz hat.

Ungleichheit ist in diesem Kapitalismus immer abgestuft und zugleich verschränkt: Innerhalb von Gesellschaften bestehen vergeschlechtlichte und rassifizierte Klassenverhältnisse, zwischen Gesellschaften nationale Ausbeutungsbeziehungen. So verbrauchen die Industriestaaten des Nordens etwa sieben Zehntel der globalen Ressourcen, obwohl in ihnen nur etwa ein Fünftel der Weltbevölkerung lebt. Gleichzeitig existiert der globale Süden – in Gestalt illegalisierter Arbeiter*innen – aber auch im globalen Norden, so wie umgekehrt der globale Norden in Gestalt ökonomischer Eliten auch im Süden präsent ist. Jedes emanzipatorische Projekt muss beide Ungleichheitsbeziehungen (zwischen Klassen und Gesellschaften) zugleich bekämpfen. In Anbetracht der globalisierten Dimension des Kapitalismus darf es keinen nationalstaatlich begrenzten Sozialismus geben; angesichts internationaler Kapitalverflechtungen ist «Sozialismus in einem Land» aber auch schlichtweg unmöglich.

Gleichzeitig ist allerdings auch klar, dass Verbesserungen innerhalb bestehender institutioneller Rahmen erkämpft werden müssen. Weil diese Institutionen im Kapitalismus notwendigerweise nationalstaatlich organisiert sind – die Europäische Union stellt keine Überwindung, sondern eine territoriale Erweiterung des Nationalstaatsmodells dar –, zielen unsere Kämpfe stets auch auf Veränderungen innerhalb existierender Grenzen ab.

Um diesen Widerspruch zumindest ansatzweise zu überwinden, ist es für sozialistische Politik unverzichtbar, Reformen zu formulieren, die die Ungleichheits- und Unterdrückungsverhältnisse zwischen Zentrum und Peripherie bekämpfen und Grundlagen einer neuen, solidarischen Weltwirtschaftsordnung etablieren. Die Finanzierung eines internationalen

Fonds für die Bearbeitung der Folgen des Klimawandels, die Stärkung multilateraler Strukturen zur Gesundheits- und Nahrungsmittelversorgung (wie es bei der Gründung der Weltgesundheitsorganisation und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen ursprünglich angedacht war), die Bekämpfung rassistischer Migrationsregime sowie Lieferkettengesetze, die die Organisationsbedingungen von Gewerkschaften im globalen Süden verbessern, zeigen auf, wie ausgehend von nationalstaatlicher Politik eine internationalistische Dimension eines emanzipatorischen Projekts entwickelt werden könnte.

Konsequenz unseres Internationalismus ist schließlich auch die Überzeugung, dass Sozialist*innen in Staatenkriegen nichts verloren haben. Widerstand gegen militärische Besatzung mag legitim oder sogar alternativlos sein (was dann allerdings für die palästinensischen Autonomiegebiete genauso gelten würde wie für die Ukraine und umgekehrt). Doch der «nationale Befreiungskrieg» hat im 20. Jahrhundert mehr als einmal unter Beweis gestellt, dass seine Emanzipationsperspektive beschränkt ist.

Noch viel eindeutiger gilt das für Kriege staatlicher Armeen. Freiheit wird unserer Meinung nach nicht mit Artilleriegefechten, Kampfjets und Drohnenkrieg, sondern durch den Widerstand einer organisierten Bevölkerung erkämpft. Alle Entwicklungen, die Militarismus und Militärlogik in der eigenen Gesellschaft befördern, stehen einer Emanzipation, wie wir Sozialist*innen sie anstreben, im Weg.

13 SOZIALISMUS – BEDINGUNGSLOS ANTIFASCHISTISCH

Wer den Faschismus stoppen will, kann auf den Liberalismus nicht zählen. Nur eine Bewegung, die die Verwertungs- und Ausgrenzungslogik des Kapitals bekämpft, kann der extremen Rechten Einhalt gebieten. Der Sozialismus steht für globale soziale Rechte und Infrastrukturen, die allen Menschen eine Perspektive auf ein gutes Leben eröffnen.

In der politischen Debatte der Gegenwart wird der Faschismus gemeinhin als Bruch mit den bürgerlich-liberalen Verhältnissen verstanden, doch tatsächlich stellt er eher eine Zuspitzung dieser Verhältnisse dar. So haben faschistische Tendenzen die bürgerliche Gesellschaft seit jeher begleitet: In den europäischen Kolonialregimen oder dem Siedlerkolonialismus der jungen USA ging die Ideologie «rassischer Überlegenheit» mit genozida-

ler Gewalt einher; in den Mutterländern der europäischen Demokratien zwang das Bürgertum leistungsunwillige oder -unfähige Arme im 18. und 19. Jahrhundert in Arbeitshäuser, die faschistischen Lagern kaum nachstanden. Und auch was die Idee des Sozialdarwinismus *(survival of the fittest)*, die Idealisierung von «Leistungseliten» oder den Kult der nationalstaatlichen Konkurrenz angeht, sind sich Liberalismus und Faschismus sehr viel näher als gemeinhin unterstellt. So darf denn auch wenig überraschen, dass die NSDAP sich zwar als «sozialistische Arbeiterpartei» bezeichnete, ihre Wählerschaft aber in erster Linie im konservativen und nationalliberalen Bürgertum (und eben nicht in Arbeitervierteln) rekrutierte. Auch die neue faschistische Bewegung ist mit der liberalen Politik der letzten Jahrzehnte eng verbunden. Der Neoliberalismus hat ein Klima allgemeiner Unsicherheit etabliert, in dem sich eine Bürgerkriegsatmosphäre in den Köpfen breitgemacht hat. Wenn Ressourcen durch ökologische Zerstörung und nationale Konkurrenz knapper werden, muss man sie mit verstärkter militärischer Gewalt erobern – so die abstruse Logik der globalen Rechten.

Wenn die Linke diese Entwicklung stoppen will, muss sie eine Perspektive echter Sicherheit aufzeigen, also nicht die «Sicherheit» hochgerüsteter Polizei- und Überwachungsapparate, sondern die Sicherheit einer sozialen Grundversorgung für alle propagieren. Wenn sich Naturkatastrophen häufen, brauchen wir globale Sicherungssysteme, um Betroffene zu unterstützen. Wenn Infrastrukturen verfallen, braucht es eine Umverteilung des Reichtums aus privaten in öffentliche Hände und Investitionen in ebendiese Infrastrukturen.

Der Sozialismus steht in diesem Sinne für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt. Er ist eine Bewegung, die globale soziale Rechte statt Almosen verteidigt und Demokratie statt Autoritarismus praktiziert. Er schafft Infrastrukturen der materiellen Grundversorgung und setzt dem nationalen und rassistischen Wahn, der eher früher als später in Krieg mündet, eine Perspektive der Solidarität entgegen. In Anbetracht globaler Krisen propagiert er globale Lösungen; in Anbetracht wachsender Unsicherheit kämpft er für kollektive soziale Sicherungssysteme, die nicht an den Nationalstaatsgrenzen enden. Gegen das Gift von Nationalismus und «Rassenkrieg» gibt es nur ein Gegenmittel: soziale Rechte und internationalistische Solidarität.

LITERATURVERZEICHNIS

Altvater, Elmar (2012): Genossenschaft und gutes Leben. Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2012, S. 53–63.

Arendt, Hannah (1955): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt a. M.

Brecht, Bertolt (1989): Werke, Bd. 21, Schriften 1. 1914–1933, Frankfurt a. M.

Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie (2019): Demokratisierung der Finanzmärkte: Finanzdienste als Service public, in: Daellenbach, Ruth/Ringger, Beat/Zwicky, Pascal (Hrsg.): Reclaim Democracy. Die Demokratie stärken und weiterentwickeln, Zürich, S. 173–180.

Dörre, Klaus (2009): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus, in: ders./Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut: Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte, Frankfurt a. M., S. 21–86.

Fraser, Nancy (2023): Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt, Berlin.

Haug, Frigga (2008): Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke, Hamburg.

Herreras, Yayo/González, María/Pascual, Marta/Gascó, Emma (2019): La vida en el centro. Voces y relatos ecofeministas, Libros en acción, Madrid.

Korsch, Karl (1919): Was ist Sozialisierung? Ein Programm des praktischen Sozialismus, Hannover, unter: www.praxisphilosophie.de/korsch_sozialisierung.pdf.

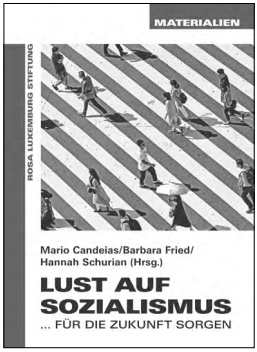
Marx, Karl (1968 [1867]): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Band 1, Berlin/DDR.

Marx, Karl/Engels, Friedrich (1972 [1848]): Manifest der Kommunistischen Partei, in: dies.: Werke. Band 4, Berlin/DDR, S. 459–493.

Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg.

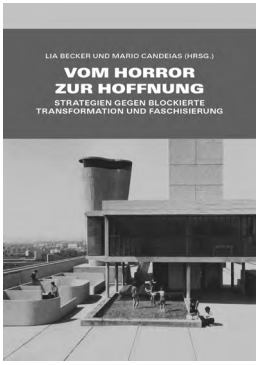
Ringger, Beat/Wermuth, Cédric (2020): Die Service-Public-Revolution. Corona, Klima, Kapitalismus – eine Antwort auf die Krisen unserer Zeit, Zürich.

Wilson Gilmore, Ruth (2022): Was tun?, in: Loick, Daniel/Thompson, Vanessa E. (Hrsg.): Abolitionismus. Ein Reader, Berlin, S. 515–521.



Mario Candeias/Barbara Fried/
Hannah Schurian (Hrsg.):
LUST AUF SOZIALISMUS
… für die Zukunft sorgen
Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/
id/41601

LuXemburg. Gesellschafts-
analyse und linke Praxis
Ausgabe 1/2025
GEGEN DIE ZERSTÖRUNG DER ZUKUNFT
Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/
id/53555



Lia Becker/Mario Candeias
(Hrsg.)
VOM HORROR ZUR HOFFNUNG
Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/
id/52656

luxemburg argumente Nr. 27
SCHÖNER DECKELN
Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/
id/52966